

# Leipziger Tageblatt

und  
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

No 122.

Sonntag den 2. Mai.

1869.

## Öffentliche Sitzung der Stadtverordneten, Mittwoch, den 5. Mai 1869

Abends 7/8 Uhr im Saale der I. Bürgerschule.

- Tagesordnung.**
- 1) Gutachten des Ausschusses zu den Schulen über die Befoldungsclassen der confirmirten Lehrer an den Volksschulen.
  - 2) Gutachten des Ausschusses zum Bau- und Oekonomiewesen über: a) Vergleich mit Herrn Dr. Friederici über streitiges Areal an Reichels Garten und über die hierauf bezügliche Petition von Bewohnern der Westvorstadt. b) Arealtausch mit dem Johannis-Hospitale wegen des Nicolaischulneubaues. c) Arealtausch mit dem Johannis-Hospitale wegen des Realschulneubaues. d) Arealtausch am Neutirchhofe. e) Verkauf einer Parzelle an der Nürnberger und Brüderstraße.
  - 3) Gutachten des Ausschusses zum Pöschwesen über: Errichtung einer Tagfeuerwache im neuen Theater.

### Bekanntmachung.

An der Pfaffendorfer Straße sollen die der Stadtcommune gehörigen, zwischen dem Neumeister'schen Grundstücke und der bis an die Reil'sche Grundstücksgrenze herzustellenden Seitenstraße gelegenen beiden Bauplätze Nr. 5 und 6 des Parzellierungsplanes von ca. 1790 und 2402 □ Ellen Flächeninhalt an die Meistbietenden versteigert werden.

Die Versteigerung findet **Dienstag den 11. Mai d. J. Vormittags 11 Uhr** an Rathsstelle statt und wird die pünctlich zur angegebenen Stunde beginnende Licitation bezüglich eines jeden der zu versteigernden Bauplätze geschlossen werden, sobald weitere Gebote darauf nicht mehr erfolgen. Die Versteigerungsbedingungen und der Parzellierungsplan liegen in unserem Bauamte zur Einsichtnahme aus.

Leipzig, den 28. April 1869.

Der Rath der Stadt Leipzig.  
Dr. Koch. Cerutti.

### Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Der Berliner Correspondent der „Köln. Ztg.“ sagt: Wie aus den Aeußerungen des Bundeskanzlers während der ersten Lesung der Vorlage wegen der Branntweinsteuer hervorgeht, rechnet die Regierung selbst nur auf einen Theil der Steuererträge, die vielleicht noch um eine Vorlage über Besteuerung auf Eisenbahn-Fahrkarten vermehrt werden sollen. Aus welchem Grunde die Regierung aber sich einer Reihe von unvermeidlichen parlamentarischen Niederlagen aussetzen will, ist schwer erkennbar. Raum doch die Zeit für die Berathung dieser Fälle von Steuererträgen bis zum Schluß der Session hinreichen wird. Man hatte in Reichstagskreisen diesen Schluß um die Mitte Mai berechnen wollen. Soll aber das Gewerbegesetz nach der bevorstehenden Beschlußnahme des Bundesrathes noch erledigt und auch nur ein Theil der Steueranläufe berathen werden, dürfte die Session sich doch jedenfalls bis Ende Mai verlängern, falls die Regierung sich nicht etwa zu der Rücknahme derjenigen Steuerentwürfe entschließt, deren Schicksal für Niemanden mehr ein Geheimniß ist. Es wäre das gewiß ein weises Verfahren.

In Italien ist das Bedürfnis nach Ruhe und Frieden die Parole des Cabinets Menabrea, das hart unter der Finanzdrücke schmachtet und nach den Wassern der fremden Capitalisten lechzt. So lange die Franzosen in Rom stehen, ist der Furchtschreckenplage des Kriegsbudgets nicht zu entgehen und es wird deshalb fortwährend in den Tullerien gehöhrt. Einstweilen ist ein kleines politisches Erdbeben in leisen Wellen erst in Neapel und dann in Mailand verspürt worden und der König ist wieder nach dem Süden geeilt, um die unterirdischen Mächte nicht Herr werden zu lassen. Die mazzinistische „Verschwörung“ ist indes mehr als schlimmes Zeichen, denn als eine wirkliche Gefahr beachtenswerth: auch in Italien muß der Napoleonismus liberalere Saiten aufspannen oder die zu straff gezogene Sehne des Bogens reißt bei dem ersten Umschlag der europäischen Atmosphäre entzwei. In Rom ist man, wenigstens in den Blättern, nicht ohne schadenfrohe Prophezeiungen über die Vorfälle in Neapel geblieben; aber wenn man selber in einem gläsernen Hause wohnt, sollte man süglich nicht mit Steinen werfen.

Die schon seit einiger Zeit in Paris umgehenden Gerüchte von einer angeblich bevorstehenden Aufhebung des Staatsministeriums werden der „Indep. belge“ durch Privatmittheilungen aus Paris bestätigt. Herr Rouher würde an Stelle seines bisherigen Postens den eines Präsidenten im Senate erhalten.

Allerdings hat das Staatsministerium, dem die Vertretung der kaiserlichen Politik in der Kammer oblag, von seiner früheren Bedeutung verloren, seitdem die Minister durch das Decret vom 19. Januar selbst zur Vertretung ihrer einzelnen Ressorts vor der Kammer ermächtigt sind. Immerhin bleibt es trotzdem zweifelhaft, ob der Kaiser auf die Befürwortung ganz wird verzichten wollen, welche seiner Politik in der Deputirtenkammer durch Rouher wiederholt in so glänzender Weise zu Theil ward.

Die portugiesischen Cortes sind am Montag durch den König mit einer Thronrede eröffnet worden, in welcher die Nothwendigkeit wichtiger Abänderungen in dem vorgelegten Budget hervorgehoben wurde. Der Stand der Finanzen verlange eine ernstliche Beachtung von Seiten der Kammer, da der Ueberschuß der Ausgaben über die Einnahmen zu gegründeter Besorgniß Anlaß gebe. Die Regierung werde wirksame Maßregeln zur Abzahlung der schwebenden Schuld, zur Verminderung des Deficits und zu einer gerechten und gleichmäßigen Vertheilung der Steuerlasten vorlegen.

Aus London wird der „Kölnischen Zeitung“ geschrieben: Es ist den Redactionen unserer Tagesblätter nur zu oft der gerechte Vorwurf gemacht worden, daß sie zu wenig Zeit auf das Lesen deutscher Zeitungen verwenden und sich dadurch eine Unkenntniß deutscher Zustände angeeignet hätten, die zuweilen das Unglaublickste zu Tage fördere. Diesen Vorwurf in dieser Fassung verdienten sie heute nicht mehr. Denn statt zu wenig deutsche Zeitungen zu lesen, lesen sie jetzt gar keine. Diesen Theil pflichtmäßiger Beschäftigung scheinen die meisten unserer Redactionen vollends über Bord geworfen zu haben, obwohl sie bei jeder Gelegenheit versichern, daß Deutschland seit 1866 berufen sei, die erste Rolle in der Politik des europäischen Festlands zu spielen. Da hat, um nur Einen merkwürdigen Fall anzuführen, die Times jetzt (wie bereits erwähnt) die Entdeckung gemacht, daß der Exkönig von Hannover die Beschlagnahme seines Vermögens nicht schweigend hingenommen, sondern in einem Rundschreiben an alle seine gekrönten Brüder und Vettern dagegen protestirt habe. Dazu die zweite merkwürdige Entdeckung, daß der englischen Presse die Pflicht vorbehalten sei, diesen seinen Protest zu besprechen, da in Deutschland dergleichen doch nicht gut möglich sei. Das ist wahrhaftig stark. Wie lange mag es wohl her sein, seit die Times keine deutsche Zeitung zu Gesicht bekommen? Seit Jahr und Tag wurde diese Beschlagnahme nach allen Seiten hin bis zum Ueberdruß in deutschen Blättern jeder Richtung besprochen. Sollen doch sogar mit hannoverschem Gelde einzelne derselben erhalten